

KAPITEL 1: EINE WELT DER WACHSENDEN GEGENSÄTZE

Breitere Kluft zwischen
Reich und Arm

1.1 Die Kluft zwischen Reich und Arm verbreitert sich in aller Welt. 1960 betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der am wenigsten entwickelten Länder knapp 10% dessen der Industrieländer. 1990 betrug es nur noch knapp über 5%. Die Weltbank berichtet, dass die Einkommen in Afrika südlich der Sahara in den letzten 20 Jahren um 0,7% pro Jahr zurückgegangen sind, während das durchschnittliche Einkommen in den Industrieländern um 2% pro Jahr stieg. In den vergangenen zehn Jahren haben die Hochbezahlten in den Industrieländern erlebt, dass ihre Einkünfte überdurchschnittlich stiegen, während eine wachsende Unterschicht von Familien, die von unsicheren Niedriglohtätigkeiten oder Sozialleistungen abhängen, die Verlierer waren.

Frauen in der Armut
gefangen

1.2 Die Gesamtzahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, ist erheblich gestiegen, wobei sich unter den Armen ein beträchtlich höherer Anteil von Frauen als von Männern befindet. Die "Feminisierung der Armut" ist eng mit einer deutlichen Zunahme von Haushalten, deren Vorstand eine Frau ist, der Feminisierung der Niedriglohnarbeit sowie mit dem geringeren Bildungsstand in manchen Regionen und der Ungleichbehandlung der Geschlechter bei der Bereitstellung von Produktionsmitteln verbunden.

Polarisierung
und Unsicherheit

1.3 Unsere Gesellschaften polarisieren sich immer stärker in jene, die den Wohlstand oder die Fertigkeit besitzen, Gewinn aus der globalen Integration zu schlagen, und jene, die in der Armut ohne produktive Beschäftigung gefangen sind. Die Ideologen des freien Marktes sind der Ansicht, dass sich die grosse Zahl von Niedriglohnarbeitsplätzen durch Investitionen und Produktivität schrittweise zu besser entlohnten Arbeitsplätzen wandelt. Das Gegenteil ist allerdings der Fall. Rationalisierung und Umstrukturierung führen zu einem Wegfall von sicheren und angemessen entlohnten Arbeitsplätzen, und die weltweite Arbeitslosigkeit steigt. Nach wie vor existiert in vielen Ländern eine tief verwurzelte Diskriminierung gegen Frauen, und die Kinderarbeit nimmt zu. Und bedeutungsschwer hängen die Weltwachstumsraten auf einer Höhe fest, die den ärmsten Ländern nur einen geringen oder keinen Spielraum für die Expansion aus der Armut heraus lässt. Auch das Wachstum in den Industrie- und Übergangsländern wird nicht in mehr Arbeitsplätze übertragen. Das grundlegende Problem ist darin zu sehen, dass das übergeordnete Ziel der Organisation der Produktion zur Deckung des menschlichen Grundbedarfs nicht erreicht wird, weil die Regierungen von den marktorientierten Politiken verblendet sind.

Regierungen müssen
neue Partnerschaften
für Entwicklung
initiiieren

1.4 Um diese verheerende Entwicklung umzukehren, müssen die Regierungen aktiv Politiken betreiben, mit denen das Gesundheits-, Sozialversicherungs-, Bildungs- und Ausbildungsniveau in ihren Ländern angehoben wird. Ein partnerschaftlicher Ansatz ist erforderlich, bei dem Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften lokale, nationale, regionale und internationale Strategien vereinbaren, um den erforderlichen Wandel zu bewerkstelligen und dem Wettbewerbsdruck, der über den Weltmarkt entsteht, entgegenzutreten. Eine Voraussetzung dafür, dass die Gewerkschaften Verantwortung in einer Partnerschaft übernehmen, ist, dass Regierungen und Arbeitgeber die Rechte der Beschäftigten auf Vertretung durch ihre eigenen, frei gewählten Gewerkschaften anerkennen.

Wo Diktaturen oder gewerkschaftsfeindliche Regierungen und Arbeitgeber den Beitrag ablehnen, den Gewerkschaften bereit sind, zur Konsolidierung einer Zivilgesellschaft zu leisten, ist eine Partnerschaft unmöglich.

AFRIKA:

EIN REICHER KONTINENT LEBT IN ARMUT

Eine kontinentale Armutsfalle

1.5 Afrika ist der vernachlässigte Kontinent der Erde. Von einer Gesamtbevölkerung von 660 Millionen überleben 300 Millionen Menschen mit Einkommen, die kaum über der absoluten Armutsgrenze liegen. Und dennoch flossen von den 80 Milliarden US-Dollar privater ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in Entwicklungsländer 1994 lediglich 4,5 Milliarden US-Dollar nach Afrika. Trotz über eines Jahrzehnts der Struktur Anpassungsprogramme liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen mit 520 US-Dollar noch immer unter dem Wert von 1975. Sieben von zehn Afrikanerinnen und Afrikanern leben in ländlichen Gebieten und sind abhängig von kleinen Landwirtschaftsbetrieben und der lokalen Zuliefererindustrie, wenn es um Arbeitsplätze geht. Sechs von zehn Afrikanerinnen sind Analphabetinnen, und das Grundschulsystem erreicht noch immer weniger als zwei Drittel der afrikanischen Mädchen. 30 Prozent der afrikanischen Kinder im Alter unter fünf Jahren wiegen weniger als sie für ihre künftige gesundheitliche Entwicklung wiegen sollten.

Frauen arbeiten
am härtesten und
verdienen am
wenigsten

1.6 Frauen sind eine besonders schwache Gruppe auf dem Arbeitsmarkt in Afrika. Sie sind von der Verschlechterung der Wirtschaftslage und den Folgen der Strukturanpassungsprogramme sowie den Abwertungen hart getroffen worden. Die Mehrheit der Frauen arbeitet noch immer in der Überlebenslandwirtschaft, häufig unentlohnt, mit einem langen Arbeitstag und nur wenig Verbesserungen bei der Produktivität oder der Technologie. Die kleine Minderheit von Frauen, die im modernen Sektor beschäftigt ist, häufig im öffentlichen Dienst, ist besonders durch die Entlassungen infolge von Umstrukturierungen oder Privatisierungen betroffen gewesen. Die Verbindung von ländlicher und städtischer Armut und der Mangel an Möglichkeiten haben zu einer Intensivierung der bereits bestehenden Ungleichheit zwischen Frauen und Männern geführt und dazu, dass eine grosse Zahl von Frauen gezwungen ist, zur Sicherung des Überlebens im informellen Sektor tätig zu werden.

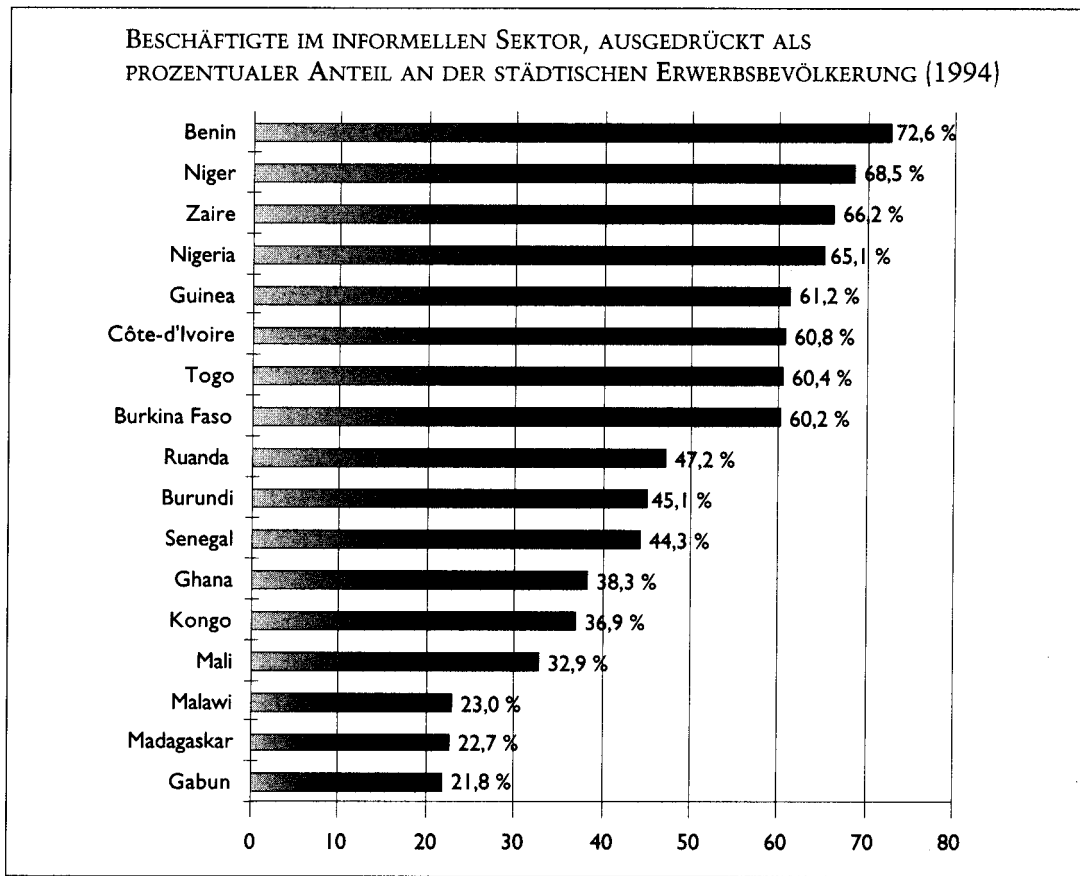
Ländliche Armut und
übervölkerte Städte

1.7 Die afrikanischen Städte dehnen sich um 6% pro Jahr aus. Dies ist die rascheste städtische Wachstumsrate in der Welt. Arme Landarbeiter, die mit ihren Familien über 80% der Gesamtbevölkerung ausmachen, die in absoluter Armut lebt, ziehen noch immer zuhause in die wie Pilze aus dem Boden schießenden Elendsviertel an der Peripherie der meisten Städte. Viele emigrieren sogar in andere Länder. Die Arbeit, die sie bekommen, ist aufgrund des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst und in den wenigen, häufig staatlichen, kommerziellen Betrieben fast ausschliesslich im informellen Sektor zu finden. Zwei Drittel aller städtischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im informellen Sektor anzutreffen. Die Arbeitslosigkeit hat sich in den Städten seit den siebziger Jahren verdoppelt und liegt mittlerweile bei 15% bis 20%. Die Realeinkommen sind in der verarbeitenden Industrie in den achtziger Jahren stark gefallen, und zwar jährlich um durchschnittlich 12% in den fünfzehn Ländern, für die die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) über zuverlässige Daten verfügt. Die heutigen Strukturanpassungspolitiken decken den Grundbedarf der Menschen nicht und erleichtern auch nicht die Schuldenlast; daher haben sie Afrika nicht auf den Weg eines dauerhaften Wirtschaftswachstums gebracht.

Aufschwung zu
zögerlich, um
zunehmende soziale
Spannungen
aufzuhalten

1.8 Vor diesem düsteren wirtschaftlichen Hintergrund stehen die neueta-blierten Demokratien vor enormen Problemen, die Spannungen so weit zu dämpfen, dass der Fortbestand der Demokratie nicht gefährdet ist. Die optimistischsten Vorhersagen für den Aufschwung der afrikanischen Konjunktur gehen davon aus, dass die Gesamtzahl der in Armut lebenden Menschen auch für geraume Zeit im nächsten Jahrhundert noch nicht abnehmen wird. In diesem Zeitraum werden 60 Millionen junge Afrikanerinnen und Afrikaner die frustrierende Suche nach Möglichkeiten, den eigenen Unterhalt zu sichern, aufgenommen haben. 20 Millionen Menschen werden mit Aids infiziert sein, und mindestens viermal so viele Menschen werden an vermeidbaren Krankheiten gestorben sein. Hinzu kommt die Nahrungsmittelknappheit auf diesem Kontinent, die sich bis zum Jahr 2000 voraussichtlich verdreifacht haben wird. Es besteht eindeutig die Gefahr, dass weitere Fortschritte beim Aufbau demokratischer Institutionen durch ein Abgleiten in eine ausufernde soziale Entwurzelung und eine Rückkehr zu Korruption und zu repressiver Herrschaft, die die Entwicklung so lange aufgehalten haben, vereitelt werden könnten.

Der informelle Sektor in Afrika



QUELLE: IAO

Gewerkschaften zwingen Diktatoren zur Aufgabe und stehen sogleich vor neuen Bedrohungen...

1.9 Die Gewerkschaften, die sich über einen Grossteil der Zeit seit der Unabhängigkeit einer beträchtlichen Einmischung von seiten der Regierungen und in einigen Fällen sogar der direkten Kontrolle ausgeliefert sahen, spielten in vielen Ländern auf dem Weg zur Demokratisierung eine Schlüsselrolle. Jetzt stehen sie vor einer neuen Krise, da ihre früheren Hochburgen in solchen Sektoren wie Bildung und Erziehung, Transport und öffentlicher Dienst durch die Privatisierung und die Kürzungen im öffentlichen Dienst ausgehöhlt worden sind. Mit der Hilfe des IBFG verteidigen sie sich und stellen sich auch der immensen Herausforderung der Anwerbung von Mitgliedern in bisher nicht gewerkschaftlich organisierten Wirtschaftsbereichen. Obwohl einige Regierungen neuerliche Bemühungen unternehmen, die Kontrolle über die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Land zu sichern, bleiben die Gewerkschaften die organisiertesten und demokratischsten Organe in Afrika. In vielen Fällen haben sie Vorschläge für nationale Massnahmen entwickelt, um die Tendenz des wirtschaftlichen Niedergangs umzukehren. Eine jegliche Untersuchung der Volkswirtschaft einzelner Länder dieses geplagten Kontinents würde zu dem Schluss kommen, dass die Beteiligung der Gewerkschaften und die Achtung ihrer Rechte wesentlich für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind. Afrika hat uns in der Tat ein Beispiel eines Gewerkschaftswesens geliefert, das herausragt: die Rolle der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen die Apartheid. Es waren die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, die mit Unterstützung des IBFG und der IAO eine Schlüsselrolle bei der Absetzung des Regimes spielten. Die südafrikanischen Gewerkschaften verfolgten eine Strategie der friedlichen Abschaffung der Apartheid, wodurch die

Wiederaussöhnung und die Einführung der Demokratie möglich wurde. Sie zeigen die gleiche Einsatzbereitschaft im Kampf um den Aufbau eines neuen Südafrika und sind in der Lage, dies zu tun, weil die demokratisch legitimierte Regierung ihre Arbeitsgesetzreformen auf IAO-Übereinkommen stützt.

...ihrer Rolle beim
Aufbau der Demokratie

1.10 Die Verwirklichung des Potentials Afrikas erfordert eine Stärkung der Demokratie, um alle Hindernisse zu beseitigen, die es den Männern und Frauen Afrikas verwehren, durch Arbeit den Weg aus der Armut zu finden. Die internationale Unterstützung sollte sich auf Politiken konzentrieren, die darauf ausgerichtet sind, die Beschäftigung und die Löhne und Gehälter anzuheben, den Bildungsstand und den Gesundheitszustand zu verbessern und die Schuldenlast zu beseitigen, die den heutigen Generationen von korrupten Militär- und Einparteiendiktaturen auferlegt wurde. Die afrikanische Gewerkschaftsbewegung muss eine Schlüsselrolle bei der Planung und der Durchführung von Politiken spielen, die sich auf die breite Unterstützung verlassen können, derer es bedarf, um sich von den Entwicklungsmustern der Vergangenheit völlig zu lösen. Ein eng gefasster Ansatz der Deregulierung und Privatisierung klammert die fundamentale Aufgabe der Bildung von Vertrauen in die Rolle von staatlichen Behörden aus, die viel zu lange das Handwerkszeug sich selbst erhöhender Eliten waren, die nationale Konflikte, Stammeskriege und den internationalen kalten Krieg zur Sicherung des Überlebens ausnutzten. Die Achtung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte steht im Zentrum einer erfolgreichen Strategie der Reform und des Aufschwungs in Afrika.

LATEINAMERIKA: DAS ERBE DER SCHULDENKRISE

Das Erbe der
Schuldenkrise

1.11 Lateinamerika hat darum gekämpft, aus der Schuldenkrise der frühen achtziger Jahre herauszukommen, bleibt jedoch eine Region, in der extreme Armut und extremer Reichtum anzutreffen sind. Brasilien ist der Welt zweitgrösster Markt für Privatflugzeuge, während jedoch 47% der Bevölkerung in extremer Armut leben. Über 1,25 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind unterernährt, und über 3 Millionen Kinder im Grundschulalter gehen nicht in die Schule. Eine grosse Zahl von ihnen ist dem Leben auf der Strasse überlassen und fällt Mörderbanden zum Opfer. Andererseits sind die Steuersätze auf die höchsten Einkommen laut Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Interamerikanischer Entwicklungsbank (IaDB) die niedrigsten der Welt.

Niedrige Löhne und
hohe Arbeitslosigkeit
unterminieren Streben
nach Stabilität

1.12 Die Reallöhne sind in Lateinamerika kürzlich etwas gestiegen, nachdem sie um 5% bis 20% zurückgegangen waren. Sie liegen jedoch immer noch unter dem Niveau von 1980. Der Mindestlohn beträgt jetzt lediglich drei Viertel seines früheren Wertes. Die offizielle Arbeitslosigkeit ist in mehreren Ländern dieser Region auf 10% und mehr angestiegen, während die Beschäftigung im informellen Sektor der Städte auf über 18% mit einem vergleichbaren Rückgang bei den regulären Beschäftigungsverhältnissen geklettert ist. Wie die verheerende mexikanische Wirtschaftskrise von 1995 zeigte, sind die Beschäftigten in dieser Region immer noch äusserst ungeschützt vor dem Auf und Ab der kurzfristigen Spekulationen. Trotz der dringenden Notwendigkeit, die Kaufkraft der Einkommensschwachen zu verbessern und soziale Investitionen in die

Bildung und den Wohnungsbau vorzunehmen, bestrafen die Devisenmärkte jedes Verfehlen der strengen Haushaltseinsparungsziele, die von den Regierungen und dem IWF gesteckt werden. Das bedeutet, dass die dringend erforderlichen Massnahmen zur Stärkung der sozialen Stabilität von der Politik eingeengt werden, die darauf abzielt, die finanzielle Instabilität zu verringern. Wenn die internationalen Finanzinstitutionen diesem Kontinent wirklich helfen wollen, eine solide Grundlage für den Aufschwung zu schaffen, sollten sie daran arbeiten, die schwere Schuldenlast, die immer noch die Bemühungen um ein nachhaltiges Wachstum behindert, abzubauen und die Verbesserung des Steuersystems stärker in den Vordergrund rücken, anstatt die grundlegenden Sozialausgaben zu drücken.

DER ÜBERLEBENSKAMPF IM DSCHUNDEL DER BRASILIANISCHEN STÄDTE

Brasilien weist die grösste Einkommenskluft der Welt zwischen Reich und Arm auf, eine schwindelerregend hohe Arbeitslosigkeit (allein in Sao Paulo leben 1,14 Millionen Arbeitslose), und ein System der sozialen Sicherheit gibt es überhaupt nicht. Im Laufe der achtziger Jahre ist der Mindestlohn um 50% gesunken und beläuft sich heute auf 64 US-Dollar im Monat. Damit liegt er, unfassbar, 33% unter dem Mindestlohn vor 50 Jahren. Die Kindersterblichkeit liegt bei 58 je 1000 Kindern und damit zehnmal höher als in den Industrieländern. Für viele Kinder, die die ersten riskanten Lebensjahre überleben, ergibt sich anschliessend lediglich die Perspektive des ständigen Überlebenskampfes auf den Strassen, wo jede Nacht organisierte Killergangs versuchen, sie einzufangen.

Für einige Menschen sind die Strassen Brasiliens jedoch mit Gold gepflastert. Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung ergab, dass die informelle Wirtschaft, einschliesslich der Prostitution, des Drogenhandels und der illegalen Spiele ein Volumen von etwa US\$ 490 Milliarden pro Jahr erreicht - mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt des Landes. Ein Phänomen, das landesweit zu finden ist, ist die Schattenwirtschaft, die am augenfälligsten in Rio de Janeiro ist, wo etwa 200.000 Verkaufsstände (auch als "Cameleos" bekannt) aufgebaut worden sind, und in Sao Paulo, wo schätzungsweise 160.000 solcher Cameleos existieren - fünfmal mehr als Geschäfte gibt. Cameleos sind aber nur ein Bruchteil der informellen Wirtschaft. Fast 40% der Erwerbsbevölkerung von Rio geht "nicht geregelten Beschäftigungen" nach, sei dies nun im Transport, in Werkstätten oder im Betreiben von illegalen Lotterien.

Während einige Menschen ein Vermögen im informellen Sektor erwirtschaften, wurden die Lebensumstände der überwältigenden Mehrheit der Beschäftigten im Bericht des IAA-Generaldirektors treffend zusammengefasst: "Produzenten und Arbeitskräfte des informellen Sektors sind im allgemeinen nicht organisiert (obgleich möglicherweise lokale Verbände von Erwerbstätigen in bestimmten Gewerbebranchen bestehen) und entziehen sich in den meisten Fällen dem Aktionsbereich der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Da sie nicht organisiert sind, ausserhalb des Schutzes der Gesetze stehen und auf sehr niedrigem Produktivitäts- und Einkommensniveau arbeiten, leben und arbeiten sie im allgemeinen in erschreckenden, vielfach gefährlichen und ungesunden Verhältnissen, sogar ohne grundlegende sanitäre Einrichtungen, in den Slumgebieten der Städte."

Der IBFG ist der Meinung, dass die Regierungen die Verantwortung für die Durchführung von Politiken zur Verbesserung der Bedingungen im informellen Sektor übernehmen müssen. Zu diesem Zweck sollten sie Bildungsmöglichkeiten, Kleinkredite und eine Infrastruktur (Elektrizität und Wasser) sowie Gebäude anbieten und gleichzeitig die Anwendung von Arbeitsnormen und die soziale Absicherung vorsehen. Auf diese Art und Weise können sie das langfristige Ziel erreichen, diesen Sektor in die formelle Wirtschaft einzubeziehen - mit anderen Worten, den informellen Sektor zu "formalisieren".

QUELLE: ORTT UND IAO

Frauen am unteren
Ende der Leiter

1.13 Obwohl viele Frauen über einen höheren Bildungsstand verfügen als Männer, sind sie immer noch am häufigsten in den gering entlohnten Tätigkeiten anzutreffen. Frauen sind von der Umstrukturierung und von den Kürzungen im öffentlichen Dienst stärker betroffen gewesen als Männer, und ein Grossteil von ihnen übernimmt die unsicheren Arbeitsplätze im informellen Sektor. Auch die Teilzeitarbeit für Frauen nimmt zu. Frauen bilden die Mehrheit (zum Beispiel 77 Prozent in Mexiko) der Beschäftigten im "Maquiladora"-Sektor (Exportveredelungsbetriebe), wo die Gewerkschaftsrechte eingeschränkt und die Arbeitsbedingungen nicht geregelt sind.

Migrant(inn)en werden
diskriminiert
und ausgebeutet

1.14 Die Kapitalflucht ist ein fortwährendes Problem in der Region und veranlasste die Regierungen dazu, Politiken zu verfolgen, mit denen die Dollars der reichen Elite in die Region zurückgebracht bzw. dort gehalten werden sollten. Die Flucht der Arbeitskräfte nach Nordamerika, Europa und in die "Maquiladoras" ist ein ebenso gefährliches Phänomen, das keineswegs eine ähnliche prioritäre Behandlung gefunden hat. Ganze Familien hängen von den Überweisungen von Einkünften junger Frauen und Männer ab, die gering entlohnte, schmutzige und gefährliche Tätigkeiten weit von ihrer Heimat übernehmen. Es gilt, das zweifache Ziel des Schutzes der Wanderarbeitnehmer/innen vor Diskriminierung und Ausbeutung und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie einer sicheren Umwelt in ihren Herkunftsländern zu verfolgen.

Die sich wandelnde
Rolle der
Gewerkschaften

1.15 Die Gewerkschaftsbewegung bleibt in Lateinamerika stark und überwindet stetig das Erbe der politischen Spaltung. Allerdings wird ihre Rolle in der Gesellschaft immer noch in Frage gestellt, obschon man in vielen Ländern zur demokratischen Regierungsform zurückgekehrt ist. Traditionell waren die Regierungen, grösstenteils als Folge der langjährigen Geschichte der staatlichen Beteiligung an der Wirtschaft, darum bemüht, die Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen durch umfassende rechtsverbindliche Kodizes zu zentralisieren, die die Arbeitgeber theoretisch verpflichteten, angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen anzubieten. Obwohl die Kodizes oft ignoriert oder nach Gutdünken der Regierung durchgeführt wurden, waren sie eigentlich eine Form von zentral ausgehandelten Beschäftigungsverträgen für das Gros der Beschäftigten im formellen Sektor. Durch einen progressiven Abbau der staatlichen Beteiligung an der Wirtschaft im Zuge der Privatisierung und Deregulierung wächst nun der Druck, den Inhalt und den Deckungsbereich des Arbeitsgesetzes zu schwächen. Die Gewerkschaften sind hierüber sehr beunruhigt, da diejenigen, die sich für eine Reform einsetzen, meistens den Gewerkschaften feindlich gegenüberstehen.

Einige soziale Pakte,
aber Gewerkschaftsaktivist(inn)en werden
weiterhin umgebracht

1.16 Einige Regierungen haben die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in verschiedenen Formen sozialer Pakte gesucht, und zwar mit dem Ziel, die Inflation zu stabilisieren und die Zahlungsbilanzdefizite abzubauen. Die Arbeitgeber sind jedoch in vielen Ländern bereit, Berufskiller zu beauftragen, mutige örtliche Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie Richter und Anwälte zu entführen und zu töten, die versuchen, die Grundrechte von Beschäftigten und Kleinbauern zu verteidigen.

MAQUILADORAS: DIE NEUEN KONZENTRATIONSLAGER MITTELAMERIKAS

Die "neuen Konzentrationslager" nennt eine Gewerkschafterin die mittelamerikanischen "Maquiladoras" (Exportveredelungsbetriebe in Freien Exportzonen - FEZ), wo mehr als 200.000 überwiegend weibliche Arbeitskräfte in der Herstellung von Kleidungsstücken und anderen Verbrauchsgütern für die Märkte der Vereinigten Staaten und Europas beschäftigt sind.

In Guatemala beträgt der Lohn von Maquiladora-Arbeiterinnen zwischen einem und zwei US-Dollar pro neun- bis zehnstündigem Arbeitstag. Manchmal werden sie gezwungen, bis zu 18 Stunden zu arbeiten. In der Lucasan-Fabrik in Guatemala werden die Arbeitskräfte von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr sechs Tage pro Woche eingeschlossen. In anderen Fabriken, wo die Arbeiter bis Mitternacht arbeiten mussten, blieben sie in der Fabrik eingeschlossen, bis sie früh morgens wieder anfangen mussten zu arbeiten. Wenn Grossaufträge kommen, werden den Arbeiter(inne)n Aufputzmittel verabreicht, damit sie 60 Stunden ununterbrochen durcharbeiten können. Drohungen und grobe Beleidigungen sind an der Tagesordnung, und die Betriebsaufseherinnen schlagen die Arbeiterinnen schon für einfachste Fehler, für Verspätungen oder sogar dafür, dass sie mit Kolleginnen sprechen. Der sexuelle Missbrauch durch ihre Vorgesetzten ist einer der Preise, den viele Frauen zahlen, um ihren Arbeitsplatz behalten zu können. Die Fabriken weisen nur wenige Fenster oder Ventilatoren auf und überhaupt keinen Schutz vor chemischen Stoffen oder Staub. Die Ausgänge sind gewöhnlich verriegelt

Die Fabriken werden häufig aus Wellblech zusammengebaut, was leicht wieder abzubauen und wegzutransportieren ist. Sie können problemlos von einer Freihandelszone in die nächste oder von einem Land in ein anderes umgesiedelt werden. Genau das geschieht auch, wenn die Besitzer ihren Verpflichtungen gegenüber Gläubigern, gegenüber der Regierung oder ihren Arbeiter(inne)n nicht nachkommen. Die Änderung eines eingetragenen Namens einer Gesellschaft wird ebenfalls häufig aus diesen Gründen vorgenommen.

Schon der Gedanke an eine Gewerkschaft kann eine Arbeiterin oder einen Arbeiter den Arbeitsplatz kosten. Gar Schritte zur Gründung einer Gewerkschaft einzuleiten, kann viel ernstere Folgen haben. Für den Versuch des Aufbaus einer Gewerkschaft werden Beschäftigte verfolgt, versetzt, entlassen, schikaniert, geschlagen, und ihnen wird selbst mit dem Tod gedroht. Gelegentlich verschwinden sie einfach - ermordet, weil sie eine Gewerkschaft wollten. Folgende Fälle wurden dem IBFG im Laufe von einigen wenigen Monaten im letzten Jahr gemeldet:

28. Februar 1995 Déborah Guzmán, Gewerkschaftsführerin in einer Maquiladora-Fabrik, wurde entführt, ihr wurden die Augen verbunden, sie wurde gefesselt, mit Drogen vollgepumpt und geschlagen. Sie blieb bis zum 5. März gefangen. Während ihrer Gefangenschaft wurde sie gezwungen, ihren Ehemann und andere Gewerkschaftsführer anzurufen und sie zu warnen, dass sie selbst nicht heimkehren würde, wenn die anderen nicht aus der Gewerkschaft austreten würden.

19. März 1995 Der Leichnam des Maquiladora-Gewerkschaftsführers Víctor Alexander Gómez Virula wurde an einer Böschung gefunden, nachdem er drei Tage zuvor von seiner Gewerkschaft als vermisst gemeldet worden war. Die Behörden unternahmen nichts. Nachdem der Leichnam gefunden worden war, wurden andere Funktionäre derselben Gewerkschaft, darunter auch deren Generalsekretär, von Fahrzeugen mit verdunkelten Scheiben und ohne Nummernschilder verfolgt

29. März 1995 Adela Agustín, Mitglied der Exekutive einer anderen Maquiladora-Gewerkschaft, wurde überfallen, zusammengeschlagen und dann einfach liegengelassen. Zuvor hatte sie Morddrohungen vom Management des Betriebes, in dem sie arbeitete, erhalten.

17. Mai 1995 Flor de María Salguero de Kaparra, eine Gewerkschaftsorganisatorin einer Lebensmittelarbeitergewerkschaft in Guatemala, die vor dem US-Kongress zur Frage der Verletzungen von Arbeitnehmerrechten in den guatemaltekischen Maquiladoras ausgesagt hatte, wurde verschleppt, mit Drogen vollgepumpt, vergewaltigt und geschlagen. Seither hat sie wiederholt anonyme Anrufe von jemandem erhalten, der sie fragte, ob ihr "das kleine Geschenk" gefallen habe.

QUELLE: ORIT

Verletzung von Arbeitnehmerrechten in FEZ und korrupte Eliten, die an der Macht festhalten

1.17 Die Region leidet unter der Seuche der Freien Exportzonen bzw. der "Maquiladoras", wo die Arbeitnehmerrechte täglich von unbekümmerten Unternehmen verletzt werden, die den nordamerikanischen Markt beliefern. Dieser "brandschatzende" Stil des Kapitalismus zerstört eine gleichmässige wirtschaftliche und soziale Entwicklung und nimmt viele Gemeinwesen und ganze Länder in einem Kreislauf der Ausbeutung gefangen. Selbst nach der Wiederherstellung der Demokratie wird die Regierung in vielen Ländern von den Interessen der reichen Familien und der transnationalen Gesellschaften beherrscht. Die Korruption ist im privaten Sektor ausufernd, obwohl die Öffentlichkeit von Mediengesellschaften, die ein grösseres Interesse an dem haben, was sie verschleiern können, als an dem, was sie aufdecken können, gewöhnlich nur auf den Missbrauch im öffentlichen Sektor aufmerksam gemacht wird.

1.18 Um diese Entwicklungen umzukehren, bedarf es einer Neuorientierung der Rolle der Regierung, so dass öffentliche Dienste und politische Parteien sehr viel unabhängiger von enggesteckten Wirtschaftsinteressen werden.

Regierungen brauchen Partnerschaften mit Gewerkschaften und Arbeitgeber eine neue Rolle

1.19 Die Regierungen müssen Druck auf die Arbeitgeber ausüben, damit diese eine konstruktive Rolle in einer zur Sicherung des nachhaltigen Wachstums erforderlichen sozialen Partnerschaft übernehmen. Zentrale Verhandlungen können gewährleisten, dass die Zunahme der Löhne und Gehälter mit der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik im Einklang steht, die darauf abzielt, den Aufschwung sicherzustellen und Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Gleichzeitig würde eine schrittweise Verlagerung zu Verhandlungen auf lokaler Ebene sowohl den Gewerkschaften als auch den Arbeitgebern helfen, Veränderungen am Arbeitsplatz zu vereinbaren, die die Arbeitsbedingungen und die Produktivität verbessern würden. Weder das eine noch das andere ist machbar, solange nicht Organisator(inn)en von Gewerkschaften vor Gewalt und Schikanie geschützt werden. Sowohl die Regierungen als auch die Arbeitgeber müssen die wesentliche Rolle der Gewerkschaften anerkennen, wenn es darum geht, den tieferliegenden Ursachen der sozialen Auseinandersetzungen Herr zu werden, die den zerbrechlichen Aufschwung in der Region gefährden.

DIE KEHRSEITE DES ASIATISCHEN WUNDERS

Rasches Wirtschaftswachstum zur Schaffung von Arbeitsplätzen benötigt,...

1.20 Die Region Asien hat in zehn aufeinanderfolgenden Jahren beständig ein rascheres Wachstum erzielt als irgendein anderer Teil der Welt - und dennoch leben dort mehr Menschen, die als absolut arm eingestuft werden können, als in einem anderen Teil der Welt. Über 1,5 Milliarden Menschen des indischen Subkontinentes, Chinas und Indonesiens überleben von weniger als einem Dollar pro Tag. Allein Indien müsste pro Jahr sieben Millionen Arbeitsplätze schaffen, um den zu erwartenden Zuwachs an Arbeitskräften zu absorbieren und braucht ein Wirtschaftswachstum von über 5 % pro Jahr, um die Zahl von Menschen, die in absoluter Armut leben, zu senken.

...vor allem der Rückstand bei sozialen und Infrastrukturinvestitionen ist aufzuholen

1.21 Die Löhne sind nach Angaben der IAO in den achtziger Jahren in einer Reihe von ost- und südostasiatischen Ländern um durchschnittlich 5 % pro Jahr gestiegen, da die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft abnimmt und die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungssektor zunimmt. Allerdings hat die rasche Verlagerung vom ländlichen Raum in die Städte auch enorme Probleme erzeugt, darunter einen erheblichen Rückstand bei den Investitionen in die Infrastruktur, die dringend erforderlich wäre, um eine moderne, urbane und industriell geprägte Wirtschaft zu unterhalten. Das sogenannte asiatische Wunder ist grösstenteils auf das rasche Wachstum in der Leicht-/Montageindustrie, die für den Export produziert, und eine stetige Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die meisten der sich in der Region ausbreitenden Freien Exportzonen sind eigens eingerichtet worden, um die gewerkschaftliche Organisation auszuschalten und so einen Anreiz für Investoren zu bieten.

Unmenschliche Arbeitsbedingungen ruinieren das Leben junger Frauen

1.22 Junge weibliche Arbeitskräfte sind der Eckpfeiler der exportorientierten Industrialisierung gewesen. Auslandsinvestoren waren in der Lage, den geringen Lohn und die manuelle Geschicklichkeit dieser Arbeitnehmerinnen auszunutzen. Der Anteil von Frauen an Arbeitsplätzen in der Produktion übersteigt in manchen Ländern 80%, insbesondere in den Ländern mit dem schnellsten Wirtschaftswachstum. Diese Industrien haben nie dagewesene Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen eröffnet und bieten einen Fluchtweg aus der ländlichen Armut. Die Arbeitsbedingungen bedeuten jedoch häufig, dass lange, hart und gefährlich gearbeitet wird. Wenige Frauen behalten ihre Arbeitsplätze, wenn sie älter als 20 bis 30 Jahre sind, da die Arbeitgeber jene entlassen, die heiraten und Kinder bekommen. Viele werden durch das Tempo der Produktion, die Exposition gegenüber Gefahrstoffen und die Verletzungen, die aus der repetitiven Tätigkeit an ihrem Arbeitsplatz entstehen, auch physisch verschlissen. Dieser "leidvolle Weg zur Entwicklung" ist gepflastert mit vielen Opfern und unterminiert die langfristige Entwicklung.

1.23 In den südasiatischen Ländern hängt die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen noch immer von der Beschäftigung in der Landwirtschaft ab, wobei die unentlohnte Arbeit auf dem Land der Familie sich abwechselt mit saisonaler Tagelöhnerarbeit.

1.24 Wie auch in anderen Regionen sind die Frauen in Asien sehr viel schlimmer als die Männer von der Privatisierung und der Verschlankung des öffentlichen Dienstes betroffen gewesen. Ausserdem hat die häusliche Produktion und die Annahme von Auftragsarbeiten zugenommen.

Gewerkschaften noch immer streng kontrolliert

1.25 Die Gewerkschaften mussten in den meisten Ländern dieser Region in einem gesetzlichen Rahmen agieren, der sehr streng von der Regierung kontrolliert wird. Die Gewerkschaften, die qualifizierte Arbeitnehmerinnen vertreten, konnten einen gewissen Grad der Beschäftigungssicherheit und Reallohnsteigerungen für ihre Mitglieder durchsetzen. Allerdings ist die Organisation von ungelerten Arbeitskräften aktiv durch die Einschüchterung von seiten der Arbeitgeber vereitelt worden, die von den Gesetzen geschützt werden, wobei das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit nicht geschützt ist.

Asiatische
Unternehmen vor dem
Generationswechsel

1.26 Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländerregionen zeichnet sich die ost- und südostasiatische Geschäftswelt durch eine Generation starker, patriarchalischer Unternehmer aus, die nicht einfach die Gewinne in den sicheren Hafen ausländischer Banken geschleust haben, sondern in die Expansion reinvestierten. Die traditionelle Kultur der Unterwürfigkeit und der Pflichterfüllung, die die Beschäftigungsbeziehungen in Asien charakterisiert und ein unabhängiges Gewerkschaftswesen nicht begünstigt, erlebt jetzt erste Einbrüche. Eine neue Generation von professionell geschulten Managern übernimmt jetzt die Führung. Die Unternehmen beginnen, in den Wettbewerb um international mobiles Investitionskapital auf den neu entstehenden Aktienmärkten in der Region einzusteigen. Die neue Generation der asiatischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besteht auch zusehends auf ihren Grundrechten der unabhängigen Vertretung und einer nichtdiskriminierenden Behandlung durch die Geschäftsleitungen. Die Regierungen sehen sich jetzt mit der Realität konfrontiert, dass eine offenere, auf die Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gestützte Gesellschaft massgeblich für die Entwicklung ist.

China: räuberischer
Kapitalismus in einem
Polizeistaat

1.27 Die grosse Ausnahme in diesem Bild ist China, wo ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt. Partei und Armee wissen, dass eine Demokratisierung ihre autoritäre Herrschaft in den wesentlichen Machtbereichen beenden würde. Um jedoch soziale Spannungen einzudämmen, ist ein rasches Wirtschaftswachstum erforderlich, und in ihren Augen auch die Förderung des privaten Sektors. Die sich daraus ergebende instabile Verbindung des Polizeistaates mit einem räuberischen Kapitalismus ist nicht nur ein sozial und politisch explosiver Cocktail, sondern bedeutet auch einen destruktiven Wettstreit für die Nachbarstaaten, die versuchen, einen demokratischen Weg zur Entwicklung zu verfolgen. Zunehmende Berichte über Arbeitskämpfe geben Aufschluss darüber, dass das neue Modell der chinesischen Regierung, die sogenannte "sozialistische Marktwirtschaft", von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in China, ebenso wie von internationalen Gruppen wie dem IBFG, die angesichts der Verletzung der Menschenrechte besorgt sind, in Frage gestellt wird.

KINDERARBEIT: RETTUNGSAKTION

"Die Leute wollen nicht reden. Irgend jemand kommt uns zuvor. Wenn wir vor einem Betrieb ankommen, scheinen alle gewarnt worden zu sein, und die Kinder, wenn dort welche waren, sind verschwunden", klagt Mercedes, eine Journalistin bei einem privaten Fernsehsender in Manila, die eine Reportage über Kinderarbeit macht. Zwischen drei und fünf Millionen Kinderarbeiter gibt es in den Philippinen, schätzt Alejandro Apit, Direktor des Kamalajan Development Centre (KDC). Das 1992 mit Unterstützung der UNICEF und der Internationalen Arbeitsorganisation ins Leben gerufene KDC sollte sich ursprünglich um Recherchen im Bereich der Kinderarbeit kümmern und die Öffentlichkeit in bezug auf dieses Thema "sensibilisieren" (Kamalajan in der Landessprache der Philippinen, Tagalog). Sehr schnell wurde die Organisation allerdings zu einer Aktionsgruppe, die sogar vom Arbeitsministerium und von der Kriminalpolizei des Landes, NBI, unterstützt wird.

Ausgelöst wurde dies durch die Entdeckung von zehn Kindern, die in der grössten Sardinenfabrik des Landes, Highlands Sardines, wie Leibeigene gehalten wurden. "Wir hatten von der Anwesenheit der Kinder in der Fabrik gehört. Wir wussten, dass sie von den anderen isoliert wurden und das Werk nicht verlassen durften", berichtet Alejandro Apit. Das KDC beschloss zunächst, drei junge Männer dorthin zu schicken, die sich einstellen liessen. Nach einer Woche knüpften sie Kontakt zu den Kindern. "Sie waren jünger als 13 Jahre, und wir konnten kaum glauben, was sie erzählten", erinnert sich der Direktor des KDC. Die Geschichte der Kinder bei Highlands Sardines scheint in der Tat direkt den düstersten Kapiteln der Romane von Charles Dickens entnommen zu sein. Vom Süden des Landes, von Mindanao, werden die Kinder nach Manila oder Quezon City gebracht. Die Schlepper kassieren eine Kommission, die eine Schuld der Kinderarbeiter bei ihrem künftigen Arbeitgeber darstellt. Eine Schuld, die immer grösser werden wird und die sie wahrscheinlich auf ihre Kinder übertragen werden.

"Man hatte ihnen 23 Pesos pro Tag (knapp einen Dollar) versprochen, aber 25 Pesos wurden für das Essen abgezogen. Sie haben also tatsächlich nie auch nur einen einzigen Peso für ihre Arbeit bei Highlands erhalten", empört sich Alejandro Apit. "Ihre Haut war gelb verfärbt, und sie mussten auf Pappplatten zu siebten in einem winzig kleinen Zimmer schlafen, das von einem engen Flur aus zu erreichen war. Wäre ein Feuer ausgebrochen, wären sie verbrannt", fährt er fort. Ihre Aufgabe bestand darin, die Sardinen zu zerlegen und sie in Konservenbüchsen zu verpacken. Nach einem Arbeitstag waren ihre Hände blutig. Apit nahm Kontakt zum Arbeitsministerium auf und setzte die erste Rettungsaktion in Gang. Dank des Dienstausweises eines NBI-Beamten öffnete der zögernde Pförtner die Tore von Highlands, und in einer halben Stunde hatten alle Kinder die Fabrik verlassen. "Selbst die erwachsenen Beschäftigten flehten uns an, sie mitzunehmen", berichtet Alejandro.

Seither hat das KDC etwa ein Dutzend solcher Rettungsaktionen durchgeführt und Hunderte Kinder befreit. Nach einem Aufenthalt in einem Rehabilitationszentrum werden sie mit etwas Geld und dem Versprechen, wieder die Schule zu besuchen, nach Hause zurückgeschickt. Zunächst wird ihnen das KDC jedoch dabei helfen, Schadenersatz von ihren Ausbeutern zu erhalten, indem es ihren Fall vor Gericht bringt. "Später wollen wir diese Kinder dabei helfen, andere zu retten", berichtet Alejandro. Dank einer vom IBFG und seiner philippinischen Mitgliedsorganisation TUCP in Manila organisierten Konferenz können die Journalistin Mercedes und der Organisator Alejandro nun auf Hilfe für die Kinder zählen und weiter daran arbeiten, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen.

QUELLE: FREIE Gewerkschaftswelt

MITTEL- UND OSTEUROPA - NACH DER REVOLUTION

**Armut und
Arbeitslosigkeit
grassiert unter
Erwerbstätigen, ...**

1.28 Fünf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist allgemein erkannt worden, dass der Übergang vom kommunistischen System und der Reform- und Anpassungsprozess, den die mittel- und osteuropäischen Länder benötigen, um voll in die Weltwirtschaft integriert zu werden, sehr viel länger dauern und sehr viel schwieriger sein wird, als erwartet. Die meisten Übergangsländer sind durch die Auflagen der IWF- und Welt-

bankprogramme gezwungen, sich vor allem auf Stabilisierungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Privatisierung, einschliesslich grundlegender öffentlicher Dienste, zu konzentrieren. Oftmals wurden selbst die grundlegendsten Elemente des Handelsrechtes und der Reform der sozialen Sicherheit bis zur zweiten Phase zurückgestellt. Für die Beschäftigten waren der bittere Preis für die Entmachtung des alten Regimes viel zu häufig Lohnkürzungen und Arbeitslosigkeit sowie Versuche, die Gewerkschaften zu marginalisieren. Den offiziellen Statistiken zufolge liegt die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern bei über 10%, und die Hälfte der Arbeitslosen ist seit über einem Jahr ohne Arbeit; ältere Beschäftigte und Frauen fallen aus dem Arbeitsmarkt heraus, und eine nicht feststellbar grosse Zahl von Menschen übernimmt ungemeldete Tätigkeiten. Gleichzeitig hat es einen deutlichen Anstieg bei den Kosten für Wohnraum, Energie, Transport und andere Grundbedarfsgüter gegeben. Hinzu kommt, dass der Zusammenbruch von vielen alten Betrieben, die zuvor grosse lokale Netze sozialer Einrichtungen anboten, die soziale Stabilität von Familien gefährdete. Die Armut hat dramatisch zugenommen.

...aber die alten Eliten
sicherten sich rasch die
Chefposten

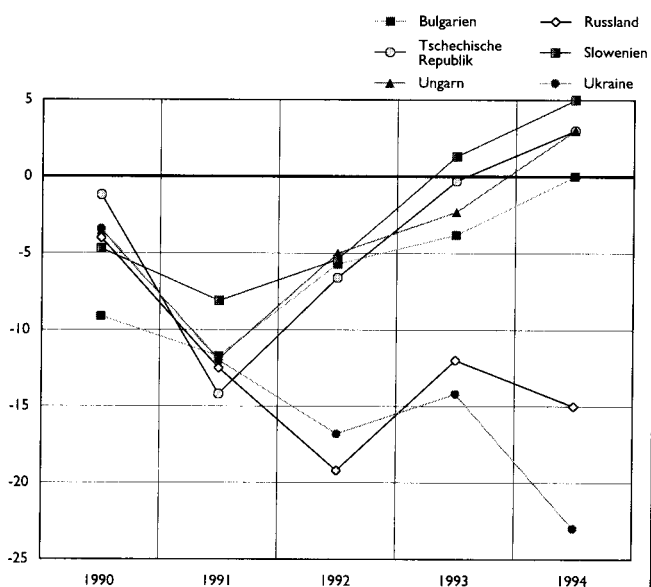
1.29 Neben dieser Armut gibt es jene, die den Übergang zu ihrem Vorteil genutzt haben. Der Mangel eines adäquaten gesetzlichen Rahmens für die Privatisierung begünstigte das Entstehen einer neuen Klasse, die sich bereichern konnte und hierzu häufig die Vetternwirtschaft und finanziellen Vorteile der alten Nomenklatura nutzte. Sie wurden die Mehrheitsaktionäre der gewinnträchtigsten Banken, der Privatisierungs- und Investmentfonds und Gesellschaften, hielten sich jedoch aus offiziellen nationalen Verhandlungsmechanismen heraus. Die multinationalen Gesellschaften in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern sind zu einer starken Lobby geworden und haben sich generell darum bemüht, es zu vermeiden, Gewerkschaften anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Der auffällige Konsum dieser "neuen Elite" hat das vorherrschende Gefühl der sozialen Entwurzelung und des Misstrauens weiter genährt. Die Gewerkschaften haben beständig vor den Lücken in der Gesetzgebung, der Schwäche der Repräsentativität der Arbeitgeberorganisationen und der Desillusionierung der Wählerschaft und wachsenden Instabilität gewarnt. Erst jetzt werden sich einige Regierungen und die wichtigsten internationalen Institutionen und Organisationen der sozialen Dimension des Übergangs bewusst.

Frauen und Kinder
sind am schlechtesten
gefahren

1.30 Frauen in Mittel- und Osteuropa betrachten Vollzeitarbeitsplätze immer noch als den Normalfall. Allerdings sind die Frauen von der Arbeitslosigkeit sehr viel stärker betroffen worden als Männer. Frauen sind tendenziell häufiger in der Leichtindustrie und im Dienstleistungssektor anzutreffen, was ihre Beschäftigungsaussichten günstig beeinflusste, obwohl sie sich häufig in den gering entlohnten Sektoren und Arbeitsplätzen finden. In manchen neuen Dienstleistungsbereichen und -tätigkeiten, wie bei den Banken und in der Tourismusbranche, ist die männliche Beschäftigung rascher gestiegen als die weibliche. Eine andere Entwicklung, die die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt beeinträchtigt, war die Schliessung von Kinderbetreuungseinrichtungen infolge der Auflösung von staatlichen Unternehmen.

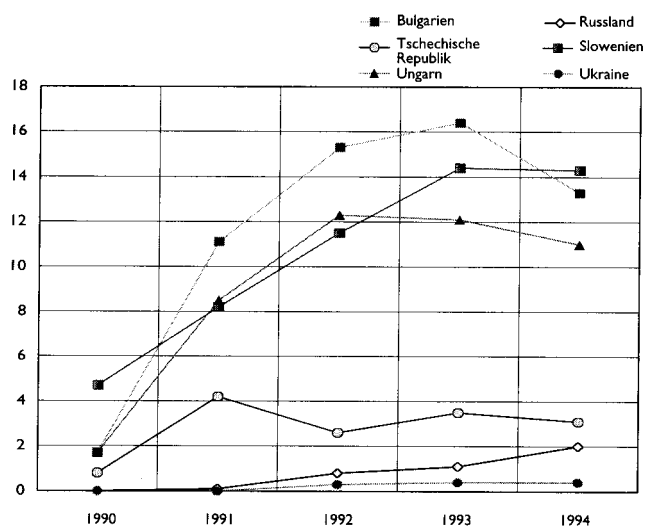
Wirtschaftliche Rezession und steigende Arbeitslosigkeit in den Übergangsländern

RÜCKGANG DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION IN MEHREREN ÜBERGANGSLÄNDERN, 1990 - 1994



QUELLE: IAO, EUROPÄISCHE BANK FÜR WIEDERAUFBAU UND ENTWICKLUNG (EBWE)

ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN VERSCHIEDENEN ÜBERGANGSLÄNDERN, 1990 - 1994



QUELLE: IAO

Die Angaben für Russland und die Ukraine verschleiern das hohe Ausmass der "versteckten Arbeitslosigkeit" in den Betrieben, in denen viele Beschäftigte keinen oder nur einen geringen Lohn erhalten. Aufgrund dessen ist die wirkliche Arbeitslosenquote viel höher; sie wird auf über 10% für Russland und auf 18% - 25% für die Ukraine geschätzt

Die Gewerkschaften
ringen mit der
Geschichte und den
Folgen unausgewogener
Reformen

1.31 Die Gewerkschaften in der Region haben im allgemeinen die Notwendigkeit der umfassenden Reform, einschliesslich der Privatisierung, akzeptiert. Im Gegensatz hierzu haben die in- und ausländischen Privatinvestoren eine generell feindselige Haltung gegenüber der freien gewerkschaftlichen Organisation gezeigt. Die Gewerkschaften sind jedoch allzuoft von einer Mitsprache über Tempo oder Ausmass des Wandels und der Durchführung der begleitenden Sozialprogramme, die den am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Menschen helfen sollen, ausgeschlossen worden. Dies hat zu zahlreichen Zusammenstössen mit den Regierungen geführt, insbesondere wegen der Folgen der Sparhaushalte, der Erosion von Wohlfahrts- und sozialen Dienstleistungen, schlecht durchdachten Privatisierungsplänen und des Versagens beim Aufbau solider Beziehungen der sozialen Partnerschaft und des Dialogs. Die Gelegenheit für die Regierungen, eine breit angelegte Unterstützung in der Öffentlichkeit für die Reform aufzubauen, wurde in den meisten Fällen vertan, wodurch der Aufschwung verzögert und das Vertrauen in die neu eingeführten demokratischen Verfassungen geschwächt sowie die Hoffnungen und Erwartungen der demokratischen Revolution enorm untergraben wurden. All dies, in noch düsteren Farben ausgemalt, beschreibt auch die Situation in den neuen Staaten, die aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion hervorgingen.

CHRONISCHE ARBEITSLOSIGKEIT UND WACHSENDE UNGLEICHHEIT IN INDUSTRIELÄNDERN

Hohe Arbeitslosigkeit,
Lohnkürzungen und
Sparmassnahmen in
Industrieländern,...

1.32 Die umfassende soziale Krise hat jetzt die am weitesten entwickelten Volkswirtschaften der Welt erreicht. Der hohe Grad der Arbeitslosigkeit aus der Rezession der frühen achtziger Jahre ist in einem quälend langsamen Tempo zurückgegangen. Insbesondere in Westeuropa liegt sie noch immer bei über 10% und steigt in den USA und in Japan. Die durchschnittlichen Löhne in der grössten Volkswirtschaft überhaupt, den USA, stagnieren seit einem Jahrzehnt und sinken für die am geringsten entlohnten und qualifizierten Menschen sogar. Aufgrund der wachsenden Zahl von Empfängern von Sozialhilfe und Leistungen der Wohlfahrtsdienste haben viele Regierungen die Höhe und den Umfang solcher Zahlungen an die ärmsten Menschen in der Bevölkerung beschnitten. Die staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit sind in vielen Ländern ebenfalls gekürzt worden.

...die Wohlhabenden
werden jedoch
immer reicher,...

1.33 Demgegenüber haben Steuererleichterungen für die Wohlhabenden und kräftige Gehaltserhöhungen für Führungskräfte die Kluft zwischen Reich und Arm erstmals seit einem halben Jahrhundert verbreitert. Die Dividenden des Wachstums haben das untere Drittel der Gesellschaft nicht erreicht. All dieser Druck hat die Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geschürt, und rechtskonservative Extremisten, die den Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Gewerkschaften äusserst feindlich gegenüberstehen, können beträchtliche Stimmen in den kommunalen und sogar den Landeswahlen auf sich vereinen.

...während allgemeine
Unsicherheit
zunimmt,...

1.34 Für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, hat die Unsicherheit zugenommen und weitere Kreise gezogen. Es ist heute sogar für einige hochqualifizierte Beschäftigte, einschliesslich Manager/innen gang und

gäbe, dass sie entlassen werden und kaum ein neuer Arbeitsplatz in Aussicht steht. In der gesamten verarbeitenden Industrie und bei den Dienstleistungen nehmen befristete, Teilzeit- und Leiharbeitsverhältnisse zu. All dies hat besonders die Frauen in Mitleidenschaft gezogen, deren Löhne und Gehälter ein immer wichtiger werdender Teil des Einkommens der meisten Familien sind. Die Massenentlassungen betreffen vor allem die grösseren herstellenden und andere Industriebetriebe, in denen die Gewerkschaften gute Tarife und Arbeitsbedingungen ausgehandelt haben, während die meisten neuen Arbeitsplätze in den relativ kleinen Gesellschaften im Dienstleistungssektor geschaffen werden, der für die Gewerkschaften sehr viel schwerer zu organisieren und für seine unzureichenden Lohn- und Gehalts- sowie Arbeitsbedingungen berüchtigt ist. Die Tage, in denen ein Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst Sicherheit bot, gehören ebenfalls der Vergangenheit an. Heute privatisieren Regierungen in den Industrieländern öffentliche Dienstleistungen oder vergeben sie an Subunternehmer und wenden eine rigorose Lohn- und Gehaltsdisziplin für ihre Bediensteten an.

...besonders für Frauen

1.35 Während die Veränderungen in der Industriestruktur und auf dem Arbeitsmarkt die Zunahme der Beschäftigung von Frauen in Dienstleistungsberufen begünstigt haben, ist das Gros der neuen Arbeitsplätze tendenziell "atypisch"; es handelt sich häufig um prekäre Arbeitsformen, wie Teilzeit-, Gelegenheits- und Heimarbeit. Männer und Frauen beteiligen sich immer noch in unterschiedlicher Form am Arbeitsmarkt, und es gibt eine Kluft zwischen den Geschlechtern in allen Ländern, was die Berufe, die Fertigkeiten und das Entgelt betrifft. So sind die Teilzeitarbeitsplätze zum Beispiel extrem segregiert, und zwischen 60 und 80 Prozent dieser Arbeitsplätze werden von Frauen eingenommen. Den Arbeitsplätzen von Männern und Frauen werden nach wie vor verschiedene Werte beigemessen. Die meisten von Frauen beherrschten Tätigkeiten weisen als Merkmale einen geringen Status, ein niedriges Entgelt und ein beschränktes Potential für den Erwerb von Fertigkeiten, für die Beförderung oder die Schulung aus.

Wachsende
Feindseligkeit
gegenüber
Gewerkschaften

1.36 Viele rechtskonservative Regierungen haben sich darauf verlegt, Arbeitsgesetze anzugreifen, die die Mindestbedingungen für Beschäftigungsverträge festlegen. Mindestlöhne, Abfindungen und Kündigungsfristen sind die spezifischen Ziele gewesen. In einigen Ländern, vor allem im Vereinigten Königreich und in Neuseeland, haben die Regierungen tiefgreifende Veränderungen an den Gesetzen über die Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen vorgenommen, um die Gewerkschaften und die Tarifverhandlungen zu schwächen. Politiker des freien Marktes argumentieren, dass diese Massnahmen grundsätzlich erforderlich sind, wenn Industrieländer die Arbeitslosen preislich reintegrierbar in den Arbeitsmarkt machen oder die Flexibilisierung der Arbeit erreichen wollen, die der weltweite Wettbewerb heute verlangt. Nach einem Jahrzehnt, in dem die Löhne und Gehälter langsamer stiegen als die Produktivität und die Gewinnmargen sich wieder erholt haben, gibt es allerdings keine Anzeichen für eine nachhaltige Zunahme bei den Arbeitsplätzen und eine gestiegene Wettbewerbsfähigkeit in jenen Ländern, in denen die antigewerkschaftliche, dem freien Markt verschriebene Politik vorherrscht.

ARMUT IM LAND DES ÜBERFLUSSES

Die Schere zwischen Reich und Arm klappt in den Vereinigten Staaten enorm weit auf - jüngste Untersuchungen belegen, dass sie hier schneller als irgendwo anders immer weiter aufgeht. Drei Viertel der Einkommensgewinne entfielen in den achtziger Jahren auf die obersten 20 Prozent der Haushalte, die mittlerweile über 55 Prozent des gesamten Reichtums auf sich vereinen. Die übrigen 80 Prozent aller amerikanischen Haushalte muss sich den Rest teilen. Das reichste eine Prozent von Haushalten in den USA kontrolliert heute etwa 40 Prozent des Reichtums des Landes - diese Zahl ist doppelt so hoch wie die im Vereinigten Königreich, dem Land mit der grössten Ungleichheit in Westeuropa. In Deutschland liegt das Einkommen der Besserverdiener etwa 2,5mal höher als das der gering bezahlten Arbeitskräfte. In den USA ist die Differenz viermal so gross und steigt.

Der Lebensstandard eines durchschnittlichen amerikanischen Beschäftigten sinkt stetig. Die Reallöhne amerikanischer Industriearbeiter sind in den letzten 20 Jahren um 20 Prozent gesunken, und Millionen von guten und auch gutbezahlten Arbeitsplätzen wurden vernichtet. Von 1947 bis 1973 verdoppelte sich die durchschnittliche "Lohntüte" der amerikanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - und die untersten 20 Prozent konnten die höchsten Zugewinne verbuchen. Seit 1973 jedoch sind die durchschnittlichen Einkommen um etwa 15 Prozent gefallen, und die untersten 20 Prozent der Lohnempfänger haben dabei am meisten eingebüsst. Über 40 Prozent aller Einkommensgewinne gingen an das reichste eine Prozent.

Im Vereinigten Königreich haben fast 17 Jahre konservativer Regierung eine Gesellschaft hervorgebracht, in der Armut und Ungleichheit steigen und der Bildungs- und Gesundheitsversorgungsstandard zunehmend schlechter wird. Der Anteil am Reichtum, der auf die obersten 10 Prozent der Bevölkerung entfällt, wuchs von 1976 bis 1989 von 50 Prozent auf 53 Prozent. Damit wurde der vorangegangene 50jährige Trend zur gleichmässigen Verteilung des Wohlstandes umgekehrt. Das führende eine Prozent der Bevölkerung (etwa 600.000 Menschen) verdiente 1989 pro Kopf über £250.000 (\$450.000). Die Einkommen, die die obersten 10 Prozent der Bevölkerung verdienten, stiegen von 1971 bis 1992 um 62 Prozent, während die Einkommen der ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung um 17 Prozent sanken.

Ein internationaler Vergleich der Verbrauchsanteile der führenden 20 Prozent und der untersten 20 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern ergibt, dass die Reichen in Indien 4,5mal soviel konsumieren wie die Armen, verglichen mit 4,9mal soviel in Indonesien, 7,3mal soviel in Jordanien, 13,6mal soviel in Mexiko, 15,6mal soviel in Simbabwe, 26,1 mal soviel in Tansania und unglaublichen 32,1 mal soviel in Brasilien.

QUELLE: AMERICAN FEDERATION OF LABOR AND CONGRESS OF INDUSTRIAL ORGANIZATIONS (AFL-CIO), UNDP, NEW YORK TIMES, INDEPENDENT

Viele Länder wählen Sozialpakete als Mittel zum Fortschritt

1.37 Im Gegensatz hierzu greifen viele andere OECD-Länder auf die Stärke zurück, die die Sozialpartnerschaft für die schwierige Aufgabe der Erreichung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik bieten kann. In mehr als zwei Dritteln der 25 Mitgliedsstaaten der OECD haben die Regierungen sich mit der Bitte um Unterstützung für die Aufstellung eines allgemein abgestimmten Rahmens für die Lohnsteigerungen als Schlüsselement von Politiken zur Stabilisierung von Inflation, Wechselkursen und dem Haushalt an die Gewerkschaften gewandt. Eine Reihe von "Sozialpaketen" enthalten daneben flankierende Massnahmen zur Ankurbelung des Beschäftigungswachstums durch Schulungsmassnahmen und andere aktive Arbeitsmarktpolitiken.

DIE WELTWEITE ARBEITSTEILUNG: DIE VERÄNDERUNGEN - DIE FOLGEN

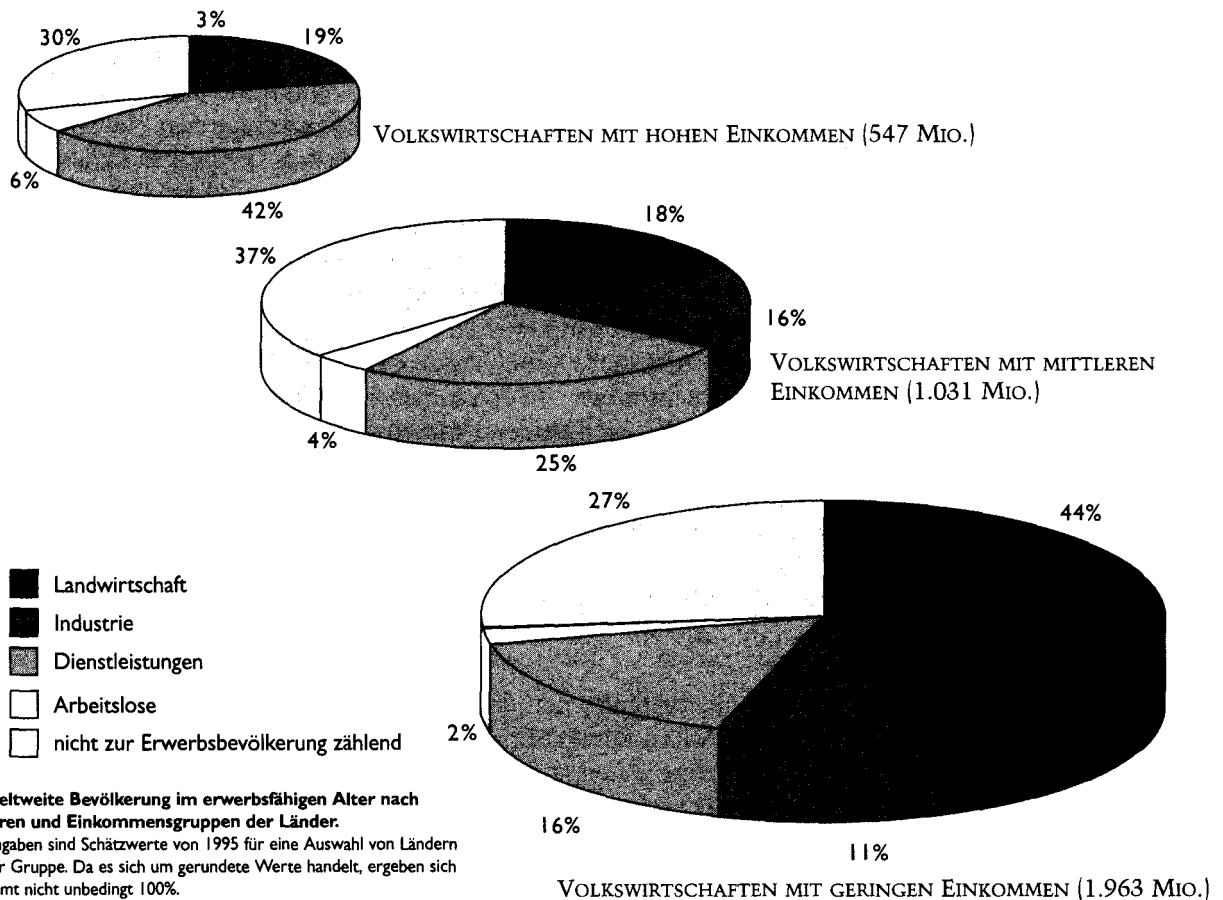
Durch Veränderungen
auf dem weltweiten
Arbeitsmarkt haben
700 Millionen
Menschen keine
geregelt Arbeit

1.38 Von den 2,5 Milliarden erwerbstätigen Männern und Frauen in aller Welt leben 1,4 Milliarden in Entwicklungsländern, in denen jede Person ein durchschnittliches Jahreseinkommen von unter 695 US-Dollar hat. Drei von fünf Beschäftigten in den am wenigsten entwickelten Ländern arbeiten auf dem Lande, überwiegend auf ihren eigenen kleinen Farmen. Weitere 22% arbeiten im informellen Sektor. Lediglich 15%, überwiegend Beschäftigte in den städtischen Fabriken und im Dienstleistungssektor, besitzen Arbeitsverträge. In der mittleren Gruppe der Entwicklungsländer nimmt fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung formelle entlohnte Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungssektor ein. Weniger als ein Drittel ist hier noch in der Landwirtschaft beschäftigt, und etwa jede fünfte Arbeitskraft ist im ländlichen und städtischen informellen Sektor tätig. In den Industrieländern arbeiten lediglich 4% der Erwerbsbevölkerung in der Landwirtschaft, 27% in der verarbeitenden Industrie und 60% im Dienstleistungssektor. Das Gros der Beschäftigten verfügt über Arbeitsverträge, obwohl in einigen Ländern die Selbständigkeit auch zunimmt. Weltweit beträgt die Zahl der Arbeitslosen 120 Millionen; Schätzungen zufolge haben jedoch weitere 600 Millionen Menschen für den Grossteil des Jahres keine reguläre Arbeit oder ein reguläres Einkommen.

Die Landflucht
hält an, und
Dienstleistungsjobs
nehmen rascher zu als
Arbeitsplätze in der
verarbeitenden
Industrie

1.39 In den vergangenen drei Jahrzehnten hat der immer noch vorherrschende Anteil der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung einen stetigen Rückgang erlebt, und proportional hierzu stieg die Zahl der Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor. Die Beschäftigung in der Industrie ist weltweit geringfügig von 19% auf 17% aller Arbeitsplätze zurückgegangen. In den Industrieländern ist die Beschäftigung in der Industrie im genannten Zeitraum deutlich von 37% auf etwa 26% der Gesamtbeschäftigung zurückgefallen, in den Entwicklungsländern ist sie von 11% auf 14% geklettert. Ein Grossteil der Expansion fand in Ost- und Südostasien statt, wo die Industrie jetzt 18% der Gesamtarbeitsplätze bietet, wobei es im Vergleich hierzu im Jahre 1965 9% waren. Heute gibt es in den Entwicklungsländern mehr Beschäftigte in der verarbeitenden Industrie als in den Industrieländern; viele dieser Arbeitskräfte arbeiten in den Freien Exportzonen.

*Die Erwerbsbevölkerung in den Ländern mit niedrigen bzw. mit hohen Einkommen:
Die Verteilung der Welterwerbsbevölkerung nach Sektoren*



Die weltweite Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach Sektoren und Einkommensgruppen der Länder.
Die Angaben sind Schätzwerte von 1995 für eine Auswahl von Ländern in jeder Gruppe. Da es sich um gerundete Werte handelt, ergeben sich insgesamt nicht unbedingt 100%.
Quelle: Weltbankschätzungen, basierend auf: EBVE 1994; IAO 1986 mit aktualisierten IAO-Daten; IAO, verschiedene Jahre und Länderquellen.

QUELLE: WELTBANK, WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1995

Weltweiter Plan für Arbeitsplätze erforderlich

1.40 Es wird damit gerechnet, dass die Erwerbsbevölkerung in den nächsten 30 Jahren um weitere 1,2 Milliarden Menschen anwächst. Wenn die Armut abgebaut werden soll, muss der Steigerung der Produktivität und der Einkommen der armen Bauern der Entwicklungsländer Priorität eingeräumt werden. Die Liberalisierung des Agrarhandels sollte zu diesem Prozess beitragen, was jedoch nur möglich ist, wenn damit ein stärkeres Bemühen um die Bewältigung solcher Probleme wie der Landreform, des Transports und der Diskriminierung von Frauen, die das Gros der Landarbeit in den Entwicklungsländern leisten, einhergeht. Allein das Ausmass des Problems der Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern bedeutet, dass Abermillionen von Arbeitsplätzen geschaffen werden müssten, um eine soziale Katastrophe zu verhindern. Um dies in einer Welt zu erreichen, in der die Industrieländer bereits etwa die Hälfte der Weltproduktion beherrschen, sind mehr positive internationale Massnahmen erforderlich als zur Zeit existieren, damit ein ausgewogenes und nachhaltiges Weltwirtschaftswachstum gewährleistet werden kann.

Niedrigwachstum und "Verschlankung" der Industrie macht Millionen arbeitslos

1.41 Die Industrieländer werden sich Problemen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gegenübersehen. Zur Zeit lenken sie ihre Aufmerksamkeit auf den Handel mit den schneller wachsenden Volkswirtschaften asiatischer Schwellenländer, insbesondere um die Nachfrage nach Inve-

stitutionsgütern wie beispielsweise Werkzeugmaschinen zu befriedigen. Noch für einige Zeit wird jedoch auf den Handel zwischen den Industrieländern das Gros ihrer Exportproduktion entfallen. Im Zuge der Durchführung der Massnahmen zur Handelsliberalisierung der Uruguay-Runde, verbunden mit der Abschaffung der Kontrollen des Kapitalverkehrs, wird sich allerdings der bereits intensive Wettbewerb um die Märkte vermutlich weiter zuspitzen. In den Industrieländern steigt die Arbeitslosigkeit unter den gering qualifizierten und relativ gering entlohnten männlichen Arbeitskräften, die traditionell in der verarbeitenden Industrie Arbeit fanden, die dem wachsenden Wettbewerb am meisten ausgeliefert ist. Diese Länder stehen vor der grossen Herausforderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Ausstattung der Beschäftigten mit neuen Fertigkeiten, die sie benötigen werden. Wenn das Wachstum in den Industrieländern nachlässt oder sich nicht über die ost- und südostasiatische Region hinaus auf andere Entwicklungsländer ausbreitet, könnte sich die Arbeitsplatzkrise in den Industrieländern selbst verschärfen.

Versagen des freien
Marktes

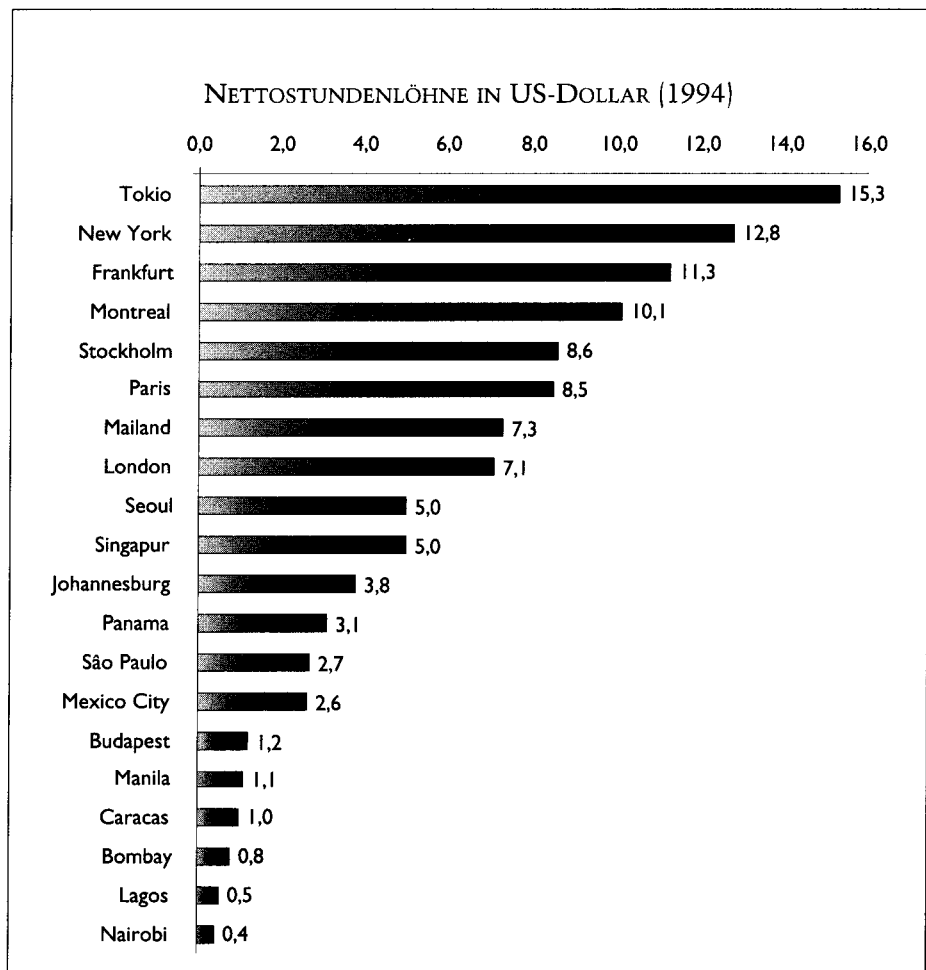
1.42 Die Regierungen in jenen Ländern, die Massnahmen des freien Marktes durchgeführt haben, wie zum Beispiel Kürzungen bei den Löhnen und Gehältern und den Sozialleistungen, behaupten, dass infolge ihrer Politiken Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Das bisherige Ergebnis ist, dass es eine Zunahme bei Arbeitsplätzen gibt, die unsicher sind, eine Teilzeit- oder befristete Beschäftigung anbieten und gering entlohnt werden sowie schlechte Arbeitsbedingungen aufweisen.

Politische
Konsequenzen der
Sozialkrise

1.43 In den USA und im Vereinigten Königreich gibt es darüber hinaus beunruhigende Anzeichen für die Verbreiterung der Entgeltgräben zwischen den Ungelernten und den höheren Einkommensgruppen. Dieses Versagen der freien Marktlösung war das Hauptthema des Beschäftigungsgipfels von Detroit 1994. Die Industrieländer standen vor dem "diabolischen Dilemma" der Massenlangzeitarbeitslosigkeit oder der Schaffung

einer neuen grossen Unterklasse erwerbstätiger, armer Menschen. Beide Alternativen sind sozial und politisch gefährlich; beide führen zu einer massiven Vergeudung von Humanressourcen und schaffen einen fruchtbaren Boden für antidemokratische, extremistische Politiker/innen und das organisierte Verbrechen. Ebenso besorgniserregend ist die Tendenz mancher rechtskonservativer Politiker/innen in der Regierung, die versuchen, die Aufmerksamkeit von den katastrophalen Folgen ihrer Freimarktpolitiken abzulenken, indem sie Ausländer/innen und die Institutionen der internationalen Zusammenarbeit zum Sündenbock erklären.

Löhne in aller Welt



QUELLE: SCHWEIZERISCHER BANKVEREIN, PRICES AND EARNINGS AROUND THE GLOBE

Umweltschutz durch Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze

1.44 Eine gemeinsame Weltpolitik für Wirtschaftswachstum ist vonnöten für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und besseren Beschäftigungsaussichten für die jetzige und die nächste Generation von Lohnabhängigen. Das Wirtschaftswachstum, das wir jedoch kennen, verursacht Probleme im Bereich der Umwelt. Der wachsende Einsatz von Rohstoffen und die zunehmende Verschmutzung von Land, Gewässern und der Atmosphäre wird nicht nur Probleme für diese Generation schaffen, sondern auch Folgen für die Aussichten und die Möglichkeiten der kommenden Generationen haben. Die Regierungen sind daher verpflichtet, Regeln und Massnahmen in eine Weltpolitik für Wirtschaftswachstum aufzunehmen, die eine nachhaltige und ökologisch verträgliche Entwicklung

sicherstellen werden. Diese Regelungen und Massnahmen sollten garantieren, dass die Lohnempfänger/innen an ihrem Arbeitsplatz keinen Gefahrstoffen und gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt werden. Die gleiche Garantie sollte für die Umwelt als Ganzes gewährleistet werden. Gewerkschaften können und werden nicht akzeptieren, dass Beschäftigte in aller Welt aufgrund des Wettbewerbs unzureichenden Umweltnormen ausgeliefert sind.

DIE LEHREN AUS DER TRAGÖDIE VON BHOPAL

Wie viele Menschen starben durch die Gasexplosion in Bhopal? Wie viele wurden verletzt? Welche langfristigen gesundheitlichen Konsequenzen hatte diese schlimmste Industriekatastrophe in der Geschichte?

Welche Lehren kann die Gewerkschaftsbewegung bei der Planung von Massnahmen zum Umweltschutz in der Post-Rio-Ära ziehen? Diese Fragen sind den Gewerkschaften sehr ernste Anliegen. Am 3. Dezember 1984 entwich eine Methylisocyanat-Wolke (MIC) aus der Pestizid-Fabrik von Union Carbide in Bhopal (Indien) und tötete mindestens 2.500 Menschen. 200.000 Menschen wurden verletzt. Jetzt kommen Berichte aus Bhopal, wonach seither aufgrund dieser Giftgaswolke 25.000 Menschen gestorben sind. Das massive Auftreten von Erkrankungen, verursacht durch das entwichene Gas, dauert fort. Für viele arme Slumbewohner, die die Nacht überlebten, als 40 Tonnen MIC und anderer Giftgase aus einem Vorratstank entwichen, ist das Leben zur Hölle geworden - völlig geschwächt und entstellt von den gesundheitsschädlichen Langzeitfolgen des Giftgases.

Bhopal ist ein Synonym für den Mangel an Sorge um das Wohlergehen und die Sicherheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Menschen in der Nachbarschaft. Es unterstreicht auch die Tätigkeit von multinationalen Gesellschaften, die, frei von allen Auflagen, gleichgültig angesichts des unzureichenden Schutzes sind, den sie den schwächsten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern bieten, oder besser vorenthalten. Vom Brand in der Spielzeugfabrik Kader in Thailand bis hin zu den vielen Industrieunfällen in China waren es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Preis der Globalisierung mit ihrem Leben bezahlen mussten. Die grossen multinationalen Gesellschaften (MNG) mit einem gemeinsamen Umsatz von über US\$ 5 Billionen müssen, wie alle Arbeitgeber, ihre Verantwortung anerkennen, angemessene Arbeitsschutzsysteme für den Schutz ihrer Beschäftigten anzubieten.

Der IBFG und die ICEF untersuchten seinerzeit die Katastrophe von Bhopal und gaben darüber einen Bericht heraus. Der IBFG hat auch einen Bericht unter dem Titel "Gibt es ein Bhopal in ihrer Nähe" herausgegeben, in dem 14 gewerkschaftliche Grundsätze für die Vermeidung von Chemiekatastrophen weltweit genannt wurden. Eines der wichtigsten und am weitestreichenden akzeptierten Prinzipien hat die bedeutungsvolle Beteiligung von Beschäftigten und ihren Vertreter(inne)n als eine Grundvoraussetzung für ein angemessenes Management von Arbeitsschutz und Umwelt zum Inhalt. Dies könnte neben der Beteiligung der Gemeinschaft - einer Politik der "offenen Tür" - die Tragödie von Bhopal verhindert haben.

Anschliessend wurden im Zuge der IAO-Arbeit ein Übereinkommen und eine Empfehlung über die Sicherheit bei der Verwendung chemischer Stoffe bei der Arbeit (Übereinkommen 170) 1990 verabschiedet. Im Juni 1993 verabschiedete die IAO eine weitere wichtige Urkunde, das Übereinkommen 174 über die Verhütung von industriellen Störfällen. Darüber hinaus haben die OECD-Länder eine Einigung über neue internationale Richtlinien für die Verhinderung von chemischen Unfällen, das Vorbereitetsein und die Reaktion erzielt. Sie wurden unter Einbeziehung der Gewerkschaften entwickelt.

In Indien selbst veranlasste der Druck seitens INTUC, HMS und anderen Gewerkschaften die Regierung dazu, die Gesetze über die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Umwelt zu überarbeiten. Alle nationalen paritätischen Ausschüsse von Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Stahl-, Kohle-, Chemie- und Erdölindustrie sowie dem Kohlebergbau fassen mittlerweile verbindliche Beschlüsse zu Arbeitsschutz- und Umweltfragen, und alle nationalen Tarifverträge weisen dieses Thema als einen wichtigen Bestandteil auf.

QUELLE: IBFG

Zunehmende
Auftragsvergabe an
Subunternehmer
unterminiert
Arbeitsplatzsicherheit
und
Wohlfahrtsprogramme

1.45 Die Internationalisierung der Wirtschaft und die technologische Revolution haben dazu beigetragen, ein Netzwerk kleiner und mittlerer Subunternehmer und externer Hersteller aufzubauen (wobei ein wachsender Anteil der Produktion in Heimarbeit erfolgt, und zwar in Bereichen, die sich vom Druckerei- und Verlagswesen über Bekleidung und Schuhe bis hin zu Kfz-Teilen und Mikrochips erstrecken. Die Telearbeit und die überseeische Datenverarbeitung haben ebenfalls zugenommen (z.B. der Transfer der Swissair-Reservierungen nach Indien). Dies bedeutet, dass immer mehr Beschäftigte nicht unter die normale Arbeitsgesetzgebung fallen und keinen Anspruch auf soziale Garantien von seiten des Staates oder formelle Beschäftigungsleistungen, wie zum Beispiel Mindestarbeitsbedingungen und sozialer Sicherungsschutz, haben. Ein grosser Teil der Beschäftigten, die Auftragsarbeit leisten, weiss nicht, wer der eigentliche Arbeitgeber ist - häufig eine transnationale Gesellschaft. Diese Beschäftigten bleiben auch unsichtbar. Sie werden weder in den Arbeitsstatistiken berücksichtigt, noch als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anerkannt. Es ist ausserdem sehr schwierig für die Gewerkschaften, sie zu identifizieren und zu organisieren. Das prekäre Wesen dieser Tätigkeiten wird durch die ständige Suche von Investoren und Herstellern nach immer geringeren Produktionskosten noch betont. Wenn Länder die Löhne oder die Arbeitsbedingungen anheben, vergeben die Hersteller die Produktionsaufträge an Länder, in denen die Arbeitskräfte billiger sind und die Arbeitsgesetzgebung weniger streng ist.

Höchste Zeit, sozialen
Prioritäten wirklich
Vorrang einzuräumen

1.46 Eine Abkehr von solchen gefährlichen Tendenzen in den Industrieländern und den Entwicklungsländern setzt voraus, dass die Politikerinnen und Politiker einsehen, dass Veränderungen bei der weltweiten Arbeitsteilung nicht der Willkür der Marktkräfte überlassen werden können. Um sicherzustellen, dass die Kaufkraft der Beschäftigten im Einklang mit der Ausweitung der Produktivität, insbesondere in den Entwicklungsländern, ansteigt, müssen die Gewerkschaften über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen verfügen. Darüber hinaus muss es eine weltweite Kampagne geben, um die Botschaft zu vermitteln, dass Investitionen in Bildung, Gesundheit, Transport und andere lebensnotwendige Elemente des Wachstums angehoben werden müssen, indem die Haushaltsmittel von Industrieländern von den Militärausgaben weg- und zu mehr und besser zielgerichteten Hilfspolitiken hingeleitet werden. Die internationale Unterstützung, die sowohl den Entwicklungs- als auch den Übergangsländern gewährt wird, muss Raum schaffen für einen dauerhafteren Aufschwung, der weniger von den Exporten und den internationalen Finanzmärkten abhängt, als vielmehr mit langfristigen Investitionen und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die armen Bevölkerungsschichten verbunden ist. Eine solche Unterstützung sollte auch auf die Länder gerichtet sein, die die grundlegenden Arbeitnehmerrechte achten und Systeme der demokratischen Rechenschaftspflicht entwickeln, die verhindern, dass die Reichen und Mächtigen die knappen Steuermittel in korrupter Weise wegschleusen können, die dazu gedacht sind, die Armut zu dämpfen.

Stärkere und bessere
internationale
Koordinierung für
Wachstum
unerlässlich...

1.47 Die Industrieländer müssen zusammenarbeiten für die Anhebung und Aufrechterhaltung von Wachstumsraten und zur Vermeidung der Gefahr, dass unkoordinierte Politiken, die sich im wesentlichen auf die Vermeidung jeglicher Zunahme der Inflation stützen, die Welt in einer Phase des langjährigen Niedrigwachstums gefangenhalten, wodurch das Gros der nächsten Generation zur Armut verurteilt wird. Sie werden auch mehr Mittel bereitstellen müssen, um den Arbeitskräften zu hel-

fen, die durch den technologischen Wandel und die Veränderungen im Handel freigesetzt werden, so dass sie neue Fertigkeiten erwerben und neue Arbeitsplätze finden können.

DIE SICH WANDELNDE ARBEITSWELT

...ebenso wie verstärkte
Zusammenarbeit auf
dem Arbeitsmarkt

1.48 Die Herausforderung, vor der die Gewerkschaften in der Ära der Globalisierung des Handels stehen, besteht darin, sicherzustellen, dass der Notwendigkeit, enorme und rasche Veränderungen in der Art der Arbeit und auf dem Arbeitsmarkt vorzunehmen, Rechnung getragen wird, ohne die Ziele der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit zu opfern. Wir müssen die Regierungen davon überzeugen, dass es entscheidend ist, umgehend zu handeln, um das Weltwirtschaftswachstum anzukurbeln und gleichmässiger zu verteilen. Die völlige Deregulierung der Arbeitsmärkte verschärft die Probleme der Länder bei der Anpassung an den Wandel. Die Probleme werden gelöst, wo Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber kollektiv danach streben, die Arbeitsinstitutionen zu stärken, damit den Einzelpersonen und Gemeinwesen durch Schulungs- und arbeitsplatzschaffende Programme Unterstützung geboten wird.

Technologie verändert
die Arbeit in aller Welt

1.49 Der rasche Wandel in der Technologie und im Handel hat dramatische Konsequenzen für die Märkte in aller Welt. Die alten Systeme der Massenherstellung von Standardprodukten werden ersetzt durch Methoden, die kürzere Produktionszeiten und differenziertere Produkte ermöglichen. Die Gesellschaften konzentrieren sich darauf, wie sie die Lagerbestände, die sie sowohl von Bauteilen als auch von Fertigprodukten unterhalten, durch eine sorgfältige Planung von fertigungssynchronen ("Just-in-time") Lieferungssystemen reduzieren können. Analog hierzu zielen sie auch darauf ab, die Kosten zu senken, indem sie die Zahl der Mängel an den Endprodukten reduzieren und häufig die Verantwortung für die Qualitätskontrolle über solche Techniken wie "Qualitätszirkel" vom Aufsichtspersonal auf die Produktionsarbeiter/innen verlagern. Sonderdienste werden bei aussenstehenden Zulieferern in Auftrag gegeben. Diese Revolution in der Produktionstechnik und bei den Managementpraktiken betrifft sowohl die verarbeitende Industrie als auch den Dienstleistungssektor und die öffentlichen Dienste. Wenngleich sie in den Industrieländern weiter vorangeschritten ist, verbreitet sie sich ebenfalls rasch, besonders in den schneller wachsenden Entwicklungsländern.

Erfolgreiche
Unternehmen
brauchen starke
Gewerkschaften

1.50 Es wird jedoch am Arbeitsplatz sein, wo die Gewerkschaften beweisen müssen, dass die Verwirklichung der Hoffnungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Erfolg der Unternehmen untrennbar miteinander verbunden sind, und es wird am Arbeitsplatz sein, wo die Gewerkschaften zeigen können, wie wertvoll die Partnerschaft beim Herangehen an die Herausforderung des Wandels auf Betriebsebene ist. Eines der grossen Ziele besteht für den IBFG in den kommenden Jahren darin, sicherzustellen, dass das grundlegende Menschenrecht, einer Gewerkschaft beizutreten und kollektiv mit dem Arbeitgeber zu verhandeln, universell als ein Eckpfeiler der Politik eines Landes zugunsten eines positiven wirtschaftlichen Wandels anerkannt wird.

Neue Gewerkschafts-
strategien für eine
neue Arbeitswelt

1.51 Diese Veränderungen am Arbeitsplatz haben enorme Auswirkungen auf die Beschäftigten, die die Erwartung an ihre Gewerkschaften richten, neue Methoden des Verhandeln zu entwickeln, um mit den neuen Problemen und Chancen, die diese wiederum schaffen, selbst zu Rande zu kommen. Einerseits bietet der Schritt weg von den standardisierten einfachen Arbeitsaufgaben hin zu Prozessen, die die Beschäftigten in den Stand versetzen, mehr Verantwortung für die Produkte oder die Dienstleistungen, die das Unternehmen verkauft, zu übernehmen, auch neue Möglichkeiten für interessantere und lohnendere Tätigkeiten. Andererseits sind solche Arbeitsplätze normalerweise relativ rar, und viele Beschäftigte werden zur Annahme von kurzfristigen, in höchstem Masse unsicheren Verträgen mit kleinen Anbietern von Dienstleistungen gedrängt. In dem Masse, in dem die Regierungshaushalte unter Druck geraten, sehen sich die Beschäftigten im öffentlichen Sektor sehr ähnlichen Problemen gegenüber, wie nämlich die Arbeit so neu gestaltet werden kann, dass ein qualitativ besserer Dienst geboten wird und gleichzeitig die Unsicherheit angegangen wird, die durch die Auftragsvergabe nach aussen und die Privatisierung entsteht.

Einige
Gewerkschaftserfolge,
aber Mitgliederstand
nach wie vor rückläufig

1.52 Einige Gewerkschaften waren imstande, Tarifverträge ganz neuer Art auszuhandeln, geeignet für eine Managementphilosophie der Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an einer Vielzahl von Themen, unter die zum Beispiel die Gestaltung von Arbeitssystemen und selbst Kundenbeziehungen fallen können. Allerdings tendieren solche Verträge dazu, eine stets geringere Zahl von "Kernbeschäftigten" in einigen wenigen führenden Gesellschaften abzudecken, und so bleibt den Gewerkschaften die schwierige Aufgabe zu versuchen, eine grosse Zahl von Beschäftigten, die in kleinen Dienstleistungsbetrieben verstreut sind, zu organisieren und ihnen einen immer individuelleren Dienst anzubieten. Darüber hinaus hat die sogenannte "Entschichtung" des Managements zu umwälzenden Veränderungen bei der Art der Beschlussfassung in Gesellschaften geführt, und es wurde für die Gewerkschaften schwieriger herauszufinden, wo die zuständigen Manager sich befinden, mit denen sie zu verhandeln hätten, weil ein ganzes Netz von miteinander in Beziehung stehenden Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen sich häufig über die ganze Welt erstreckt.

<p>Tarifverhandlungen ändern sich mit der Globalisierung</p>	<p>1.53 Für die Beschäftigten verändert das Phänomen der Internationalisierung die gesamte Struktur ihrer vertraglichen Beziehungen zu ihren Arbeitgebern, und zwar auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Auch die Rolle des Staates und damit der dreigliedrigen Beziehungen zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften verändert sich dadurch. Infolgedessen sehen sich die Gewerkschaften vor die Herausforderung gestellt, neue Wege zu finden, um das neue internationale Klima zu beeinflussen und mitzugestalten, das die Arbeitsmärkte bestimmt, und neue Wege der Verhandlungen mit Arbeitgebern zu finden, die weniger Interesse an standardisierten Tarifverträgen haben, die in standardisierte Produktionssysteme passen würden.</p>
<p>Ohne Gewerkschaften, Arbeitnehmer-Arbeit- geberbeziehungen weiterhin unfair und unproduktiv</p>	<p>1.54 Allerdings ist eines der wesentlichen Merkmale der neuen weltweiten Arbeitsteilung geblieben. Die/der einzelne Arbeitnehmer/in hat immer noch einen beträchtlichen Nachteil in ihren oder seinen Beziehungen zum Arbeitgeber, wenn sie/er sich nicht auf die kollektive Unterstützung von anderen Beschäftigten über eine Gewerkschaft verlassen kann. Viele Gesellschaften erkennen, dass dieses Machtungleichgewicht die Beziehung des Vertrauens und der Zusammenarbeit unterminiert, die für die neuen Systeme der Arbeitsorganisation und des strategischen Planens entscheidend ist, derer es wiederum bedarf, um auf einem von Wettbewerb geprägtem Weltmarkt erfolgreich zu sein. Andere fürchten eine Verwässerung der Managementkontrolle oder sind einfach nicht bereit, langfristige Investitionen in Veränderungen der Managementpraktiken zu tätigen, die für einen echten "Teamwork"-Ansatz erforderlich wären.</p>
<p>Neue Partnerschaften für eine konstruktive Zusammenarbeit</p>	<p>1.55 Tarifverhandlungen schliessen Elemente des Konfliktes und der Kooperation ein. Die Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten sind unterschiedlich, und während die Gewerkschaften es vorziehen, Konflikte zu vermeiden, müssen sie dennoch stets zum Kampf bereit sein. Gewerkschaften und viele Unternehmen wissen auch, dass die wirksamsten Formen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Management jene sind, die zwischen einer starken Gewerkschaft und einem innovativen Management entwickelt werden, denen es um den langfristigen Erfolg der Geschäftstätigkeit geht. Das grundlegende Menschenrecht, sich einer Gewerkschaft anzuschliessen und über die Gewerkschaft über einen angemessenen Gegenwert für die eigene Arbeitskraft zu verhandeln, ist somit ein Grundstein für den konstruktiven Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Eine der grössten neuen Herausforderungen für die Gewerkschaftsbewegung besteht darin, die Rolle der Gewerkschaften am Arbeitsplatz im Rahmen von Regeln, die die Regierungen für das Funktionieren der Weltwirtschaft setzen, zu sichern.</p>

DIE VERPFLICHTUNGEN DES WELTGIPFELS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR SOZIALE ENTWICKLUNG

- Verpflichtung 1 Wir verpflichten uns, wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle und gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die **es den Menschen ermöglichen, eine soziale Entwicklung zu erreichen...**
- Verpflichtung 2 **Wir verpflichten uns dem Ziel der Beseitigung der** Armut in der Welt durch entschiedene innerstaatliche Massnahmen und internationale Zusammenarbeit als moralische, soziale, politische und wirtschaftliche Pflicht der Menschheit...
- Verpflichtung 3 Wir verpflichten uns, dem Ziel der Vollbeschäftigung als grundlegender Priorität unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik Vorschub zu leisten...
- Verpflichtung 4 Wir verpflichten uns, der sozialen Integration durch die Förderung von Gesellschaften Vorschub zu leisten, die stabil, sicher und gerecht sind und auf der Förderung und dem Schutz **aller Menschenrechte basieren, ebenso wie auf Nichtdiskriminierung, Toleranz, der Achtung der Verschiedenartigkeit, Chancengleichheit, Solidarität, Sicherheit und Mitwirkung aller Menschen, einschliesslich benachteiligter und schwacher** Gruppen und Personen...
- Verpflichtung 5 Wir verpflichten uns, der uneingeschränkten Achtung der menschlichen Würde Vorschub zu leisten und für Frauen und Männer Gleichstellung und Gerechtigkeit zu erreichen...
- Verpflichtung 5 Wir verpflichten **uns, die Ziele eines universellen und gerechten** Zugangs zu qualitativ guter Bildung, eines bestmöglichen körperlichen und **geistigen gesundheitlichen Zustandes und eines** Zugangs aller zu einer grundlegenden Gesundheitsversorgung zu fördern und zu erreichen...
- Verpflichtung 7 Wir verpflichten uns, die wirtschaftliche, soziale und arbeitskräftemässige Entwicklung Afrikas und der am wenigsten entwickelten Länder zu beschleunigen...
- Verpflichtung 8 Wir verpflichten uns, dafür zu sorgen, dass vereinbarte Strukturanpassungsprogramme soziale Entwicklungsziele beinhalten, insbesondere die Ausmerzung der Armut, die Förderung produktiver Vollbeschäftigung und die Begünstigung einer sozialen Integration...
- Verpflichtung 9 Wir verpflichten **uns, die für die soziale Entwicklung bereitgestellten Ressourcen beträchtlich zu** erhöhen und/oder effizienter zu nutzen...
- Verpflichtung 10 Wir verpflichten uns einem verbesserten und gestärkten Rahmen für die internationale, regionale und subregionale Zusammenarbeit mit Blick auf die soziale Entwicklung...

QUELLE: VEREINTE NATIONEN